

## Niederschrift

über die 8. Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss in seiner 6. Wahlperiode am  
13.12.2000  
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

### Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl (Vertreten)	CDU-Fraktion
Butschko, Peter	
Vertreter für König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Vertreten)	SPD-Fraktion
Tonn, Elisabeth	
Vertreterin für Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald (Vertreten)	SPD-Fraktion
Geyer, Jens	
Vertreter für Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Grüne
Enseroth, Ina-Carola (Vertreten)	Fraktion MBM/F.D.P.
von Wallis, Winfried	
Vertreter für Enseroth, Ina-Carola	Fraktion MBM/F.D.P.

### Verwaltung:

Spiecker, Gerd  
Herrmann, Max  
Bosbach, Hans  
Trost, Uwe  
Müchler, Gerhard  
Brock, Hans Peter

Herforth, Gisela  
Frömmer, Martin  
Holtermann, Werner  
Hundenborn, Kurt  
Lehmacher, Theo  
Lehmann, Rüdiger  
Opherden, Werner  
Peters, Kurt  
Berg, Annette  
Mittmann, Georg  
Boldt, Günther

Schriftführer

Beginn der Sitzung 17:10 Uhr

Ende der Sitzung 00:10 Uhr

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

- |       |           |  |
|-------|-----------|--|
| Ö 1.  |           | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit   |
| Ö 2.  |           | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-  |
| Ö 3.  | 2000/0841 | Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung  |
| Ö 4.  | 2000/0857 | Satzung zur 7. Änderung der Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994  |
| Ö 5.  | 2000/0794 | Satzung zur 21. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982" |
| Ö 6.  | 2000/0791 | Satzung zur 4. Änderung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein   |
| Ö 7.  | 2000/0837 | Satzung zur Änderung der "Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 23.06.1994  |
| Ö 8.  | 2000/0843 | Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein  |
| Ö 9.  | 2000/0805 | Erhebung von Gebühren für die Teilnahme am Ganztagsbetrieb der Geschwister-Scholl-Schule   |
| Ö 10. | 2000/0807 | Entgeltordnung für die Nutzung von Räumen  |
| Ö 11. | 2000/0816 | Änderung der Kulturförderrichtlinien   |
| Ö 12. | 2000/0839 | Abschluss eines Nutzungsvertrages über die St. Joseph-Kapelle am Voigtshof   |
| Ö 13. | 2000/0822 | Frauenförderplan   |
| Ö 14. | 2000/0779 | Zusammenarbeit der Musikschule mit dem "Haus der Jugend"   |
| Ö 15. | 2000/0815 | Sanierungsmaßnahmen an Sportplätzen in Monheim am Rhein  |
| Ö 16. | 2000/0834 | Betriebskostenzuschuss Verkehrsverbund Rhein-Sieg  |

- |       |           |   |
|-------|-----------|---|
| Ö 17. | 2000/0828 | Kanalerneuerung Parkstraße - Ausserplanmässige Mittelbereitstellung   |
| Ö 18. | 2000/0825 | Umwidmung von Haushaltsmitteln 2000<br>Verlegung des Kirmesplatzes auf die Parkplätze der Bürgerwiese<br>Baumberg |
| Ö 19. | 2000/0829 | Umwidmung von Haushaltsmitteln 2001<br>- Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten für den<br>Betriebshof |
| Ö 20. | 2000/0832 | Umwidmung von Haushaltsmitteln für die Beschaffung von<br>leistungsstärkeren PCs                                  |
| Ö 21. | 2000/0838 | Comeniusschule: Herstellung einer Überdachung zwischen den<br>beiden Eingängen                                    |
| Ö 22. | 2000/0847 | Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2001  |
| Ö 23. | 2000/0846 | Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2000 - 2004   |
| Ö 24. |           | Mündliche Anfragen  |
| Ö 25. |           | Mündliche Mitteilungen  |

#### **Nichtöffentliche Sitzung**

- |        |           |  |
|--------|-----------|--|
| NÖ 26. |           | Feststellung der Beschlussfähigkeit  |
| NÖ 27. |           | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -<br>nichtöffentlicher Teil- |
| NÖ 28. | 2000/0840 | Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten<br>Sitzung           |
| NÖ 29. | 2000/0831 | Stellenplan 2001   |
| NÖ 30. | 2000/0788 | Überplanmäßige Ausgabe   |
| NÖ 31. | 2000/0775 | Vertragsangelegenheit  |
| NÖ 32. | 2000/0836 | Vertragsangelegenheit  |
| NÖ 33. | 2000/0845 | Vertragsangelegenheit  |
| NÖ 34. | 2000/0833 | Stadterneuerungsprojekt - Sachstandsbericht                                      |
| NÖ 35. | 2000/0835 | Grundstücksangelegenheit   |
| NÖ 36. |           | Mündliche Anfragen   |
| NÖ 37. |           | Mündliche Mitteilungen   |

## **Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt zur Geschäftsordnung den Antrag, den Tagesordnungspunkt NÖ 29 - Stellenplan 2001 - im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten. Im Grundsatz gehe man gemäß der Gemeindeordnung von der Öffentlichkeit der Sitzungen aus. Nur in Ausnahmefällen werde nichtöffentlich getagt. Das betreffe auch Personalangelegenheiten, aber nur die, die mit bestimmten Personen verbunden sind. Man rede aber über einen Stellenplan. Der Stellenplan sei eine Anlage zur Haushaltssatzung, die öffentlich beschlossen werden müsse. Er sei der Meinung, dass der Stellenplan daher auch öffentlich zu beraten sei. Man spreche bei der Beratung ja nicht über Personal im Sinne von Personen, sondern über Personal im Sinne von Stellen.

Der Bürgermeister entgegnet, es sei ein Recht der Fraktionen, zu hinterfragen, welche Personen hinter einzelnen Stellen stehen. Deswegen sei es im Hause der gute Grundsatz gewesen, den Stellenplan im nichtöffentlichen Teil zu behandeln. Er halte es für sinnvoll, auch weiterhin so zu verfahren. Bei aller Versachlichung der Debatte könne in der einen oder anderen Frage die Stelle nicht abgekoppelt werden von der Person, die dahinter steht.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion ist ebenso der Meinung, es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen.

### **Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

dafür 1 Stimme (Grüne)

dagegen 13 Stimmen (BM, SPD, CDU)

Enthaltungen 1 Stimme (MBM/F.D.P/F.D.P.)

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion stellt zu Tagesordnungspunkt NÖ 33 - Vertragsangelegenheit den Antrag, dass der Teil der Vorlage, der die Planung und die baurechtlichen Fragen betrifft, in den öffentlichen Teil genommen wird. Auf keinen Fall dürften die Planungsfragen hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Da dies im Planungsausschuss von der Grundlage her nicht mehr zur Sprache gekommen sei, stelle sie den Antrag, dies hier heute öffentlich zu diskutieren.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass dies eine Vertragsangelegenheit sei, die in den nichtöffentlichen Teil falle.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält ebenfalls dagegen, dass es nicht um planerische Dinge gehe, sondern um eine reine Vertragsangelegenheit. Es solle etwas gekauft werden. Der Kaufvertrag sei unter bestimmte Bedingungen gestellt, die eben auch mit das Planungsrecht berühren.

### **Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion:**

Dafür 6 Stimmen (BM und SPD)

Dagegen 9 Stimmen (CDU, Grüne, MBM/F.D.P/F.D.P.)

## **Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

**Ö 3. 2000/0841 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung**

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Bewilligungsbescheid des Versorgungsamtes Essen vorliegt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

**Ö 4. 2000/0857 Satzung zur 7. Änderung der Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994**

Die Verwaltung weist auf einen Zahlendreher auf Seite 5 der Gebührenkalkulation - Kategorie IV (Niederschlagswasserbehandlung) hin. Unter Punkt 14. müsse es statt 2.685.115 DM richtig 2.658.115 DM heißen.

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

Die Satzung zur 7. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 5. 2000/0794 Satzung zur 21. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982"**

Die Verwaltung weist auf einen Schreibfehler in dem der Vorlage beigefügten Satzungsentwurf hin. Im § 1 müsse es unter a) "dem Anliegerverkehr dient:" nicht 5,25 DM, sondern 5,26 DM lauten.

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

Die Satzung zur 21. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 6. 2000/0791     **Satzung zur 4. Änderung der Gebührensatzung zur  
Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung)  
der Stadt Monheim am Rhein****

Der Bürgermeister teilt hierzu aufgrund gegebener Veranlassung mit, dass man mit der LEG in vernünftigen und guten Gesprächen sei. Auf Rückfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion teilt die Verwaltung mit, dass die Erprobungsphase ab dem 01.03.2001 läuft.

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

Die Satzung zur 4. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 7. 2000/0837     **Satzung zur Änderung der "Verwaltungsgebührensatzung der  
Stadt Monheim am Rhein" vom 23.06.1994****

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, ob dies so zu verstehen sei, dass für jede Tonne, die umgetauscht werden soll, 25,- DM zu zahlen sind. Man sei jetzt in der Situation, dass alle Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt infolge des Beschlusses zum Verwiegen ihre Tonne umtauschen müssen. Sollte das so zu verstehen sein, dass jetzt jeder 25,- DM zahlen müsse, könne man dem nicht zustimmen.

Die Verwaltung entgegnet, dass diese Umtauschaktion, die anlässlich des neuen Systems des Verwiegens notwendig werde, selbstverständlich im Preis enthalten sei. Nur für den ganz normalen Änderungsdienst, der danach oder auch noch davor entstehe, werde die Gebühr erhoben.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion führt aus, dass man das auch so verstanden habe und die Gebühr in Höhe von 25,- DM für die dafür vorgesehenen Fälle für gerechtfertigt angesehen werde.

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

Die Satzung zur Änderung der „Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.06.1994“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 8. 2000/0843     **Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die  
Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der  
Stadt Monheim am Rhein****

### **Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein vom 29.09.2000 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

### **Ö 9. 2000/0805 Erhebung von Gebühren für die Teilnahme am Ganztagsbetrieb der Geschwister-Scholl-Schule**

#### **Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

1. Der Erhebung von Gebühren für die Teilnahme am Ganztagsbetrieb der Geschwister-Scholl-Schule und der Ausweitung des Ganztagsbetriebes entsprechend dem Vorschlag der Geschwister-Scholl-Schule ab 01.01.2002 wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Geschwister-Scholl-Schule eine Gebührensatzung vorzubereiten und den politischen Gremien spätestens in den ersten Sitzungen nach der Sommerpause 2001 vorzulegen. Die Schulkonferenz der Geschwister-Scholl-Schule wird so rechtzeitig in die Überlegungen einbezogen, dass bis zu diesen Sitzungen die Stellungnahme nach dem Schulmitwirkungsgesetz vorliegt.
3. Ab Beginn des Schuljahres 2001/02 wird das Ganztagsangebot der Geschwister-Scholl-Schule auch für Kinder des Stadtteils Monheim geöffnet, soweit der besondere Bedarf für diese Einrichtung von den Eltern nachgewiesen wird.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

### **Ö 10. 2000/0807 Entgeltordnung für die Nutzung von Räumen**

Der Fachausschuss hat hierzu folgende Änderung in der Festsetzung der Entgelte/Mieten für die Nutzung des Bürgerhauses Baumberg, des Kulturzentrums, der Aula am Berliner Ring und des Schelmenturms im Punkt "3. Abgrenzung" empfohlen:

Es soll der 1. Absatz der alten Entgeltordnung bleiben. Der 2. Absatz wird aus der Neufassung übernommen. Das ergibt folgenden Wortlaut: "Das Entgelt wird grundsätzlich fällig bei kommerziellen Veranstaltungen (Kategorie A), gesellschaftlichen Veranstaltungen (Kategorie B) wie z.B. Familienfesten und Vereinsfeiern sowie bei Veranstaltungen, die nicht zu Vergnügungszwecken dienen (Kategorie C) wie z.B. Veranstaltungen der politischen Parteien und Vereinsversammlungen. Entgeltfrei können Räume genutzt werden für Versammlungen der ortsansässigen Parteien und Vereine, ferner im Bürgerhaus für die sonstige Vereinsarbeit, sofern diese nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Auswärtige Institutionen sind entgeltpflichtig. Der Schelmenturm steht zur Vermietung für Trauungen des Standesamtes der Stadt Monheim am Rhein, für Konferenzen und Seminare (Kategorie A) sowie für kulturelle Veranstaltungen (Kategorie D) zur Verfügung."



Unter Einbeziehung dieser Änderung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat folgenden Beschluss:

Die Entgeltordnung für die Nutzung von Räumen wird in der vom Fachausschuss empfohlenen Fassung beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Festsetzung der Entgelte / Mieten ist Bestandteil des Beschlusses. Die Veränderungen sind in der Anlage 2 ( Synopse ) fettgedruckt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

#### **Ö 11. 2000/0816 Änderung der Kulturförderrichtlinien**

Die Vorlage wird aufgrund der Empfehlung des Fachausschusses einstimmig abgelehnt.

#### **Ö 12. 2000/0839 Abschluss eines Nutzungsvertrages über die St. Joseph-Kapelle am Voigtshof**

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion äußert, dass der Nutzungsvertrag an sich in Ordnung sei. Nur sei der Betrag für eine erforderliche Versicherung in keiner Weise irgendwo ausgewiesen. Dazu hätte sie eine kurze Information. Desweiteren merkt sie an, dass sie die männliche und weibliche Schreibweise vermisste.

Der Bürgermeister entgegnet, dass der Einwurf berechtigt sei. Er werde diesen Vertrag mit der Gleichstellungsbeauftragten abstimmen. Zu der Frage der Versicherung teilt der Kämmerer mit, man habe im Produkt "Gebäudemanagement" eine Position für Steuern, Abgaben und Versicherungen in Höhe von 1.325.000,-- DM. Daraus werde der Versicherungsbetrag gezahlt werden können.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, es sei von Interesse, wie hoch die Versicherung von der Dimension her in diesem Falle sei und nicht, woraus sie bezahlt werden könne. Zum anderen würde er im § 1 Abs. 3 letzter Satz eine redaktionelle Änderung anregen, da es nicht auf die Namen der beiden Mitarbeiter ankomme, sondern hier sollte es richtigerweise heißen: Ansprechpartner ist die Stadt Monheim am Rhein als untere Denkmalbehörde. Der Bürgermeister hält die Anregung für korrekt.

Vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion werden vom Grundsatz her folgende Anmerkungen gegeben: 1. Man sei froh, dass es durch den Vertrag zum Ausdruck komme, dass es dort weiter gehe und die Kapelle jetzt restauriert werde. 2. Das bürgerschaftliche Engagement sei zu würdigen, da durch die Sanierung keine Haushaltsmittel in Anspruch genommen werden, sondern die Kosten der Sanierung über Spenden und durch Eigenleistungen erbracht werden. 3. Die Angelegenheit sollte jetzt zügig umgesetzt werden. Zu gegebener Zeit müsse dann auch darüber gesprochen werden, wer nach der Restaurierung die Kapelle betreibt und wer z.B. als Nutzer in Frage komme.

Der Bürgermeister entgegnet, dass bezüglich der künftigen Nutzung und Pflege derzeit Gespräche stattfinden. Die St. Sebastianer Schützenbruderschaft würde sich hier anbieten. Sie habe auch Bereitschaft erklärt, selbst Hand anzulegen. Da würde aber noch näheres auszuhandeln sein.

Der Bürgermeister stellt den Nutzungsvertrag unter Überarbeitung in der sprachlich richtigen Form und Einarbeitung der Änderung zu § 1 Abs. 3 zur Abstimmung.

**Der Ausschuss beschließt:**

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Abschluss eines Nutzungsvertrages zwischen der Stadt Monheim am Rhein und dem Förderverein St. Joseph-Kapelle am Voigtshof zu und ermächtigt die Verwaltung, den Vertrag in den Grundzügen des anliegenden Vertragsentwurfes (Anlage 1) mit den vorgenannten Änderungen abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 13. 2000/0822 Frauenförderplan**

Der Frauenförderplan wird von den Fraktionen als gute Arbeit bezeichnet. Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bittet darum, in regelmäßigen Abständen einen kurzen Bericht zu bekommen, welche Erfahrungen die Verwaltung damit gemacht hat bzw. welche Erfolge damit einhergehen. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass sich die Berichtspflicht automatisch aus dem Landesgleichstellungsgesetz ergibt. Die Gleichstellungsbeauftragte sollte gebeten bzw. aufgefordert werden, auf die Umsetzung des Förderplanes zu achten.

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

Der Frauenförderplan für die Stadtverwaltung Monheim am Rhein wird mit der darin enthaltenen Leistungsvereinbarung (Zielvorgabe) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 14. 2000/0779 Zusammenarbeit der Musikschule mit dem "Haus der Jugend"**

Seitens eines Sprechers der CDU-Fraktion und einer Sprecherin der SPD-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass der Jugendhilfeausschuss sowie der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfohlen hätten, den Beschlussvorschlag um die Worte "...Zuschuss durch das Land **in Höhe von 80%**" zu ergänzen und ausserdem einen Kooperationsvertrag zwischen der Musikschule und dem Haus der Jugend abzuschließen.

**Entsprechend dieser Empfehlung fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Kooperation der Musikschule und des Hauses der Jugend zur Kenntnis und stimmt der Einrichtung eines Tonstudios sowie den weiteren Maßnahmen – vorbehaltlich der Zahlung des Zuschusses durch das Land **in Höhe von 80%** – zu.

**Es soll ein Kooperationsvertrag zwischen Musikschule und Haus der Jugend als gleichberechtigte Partner geschlossen werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 15. 2000/0815 Sanierungsmaßnahmen an Sportplätzen in Monheim am Rhein**

### **Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

1. Die Sanierung des Sportplatzes Jahnstraße als Neubau im Bestand ist in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2002 zu veranschlagen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung einen entsprechenden Förderantrag zu stellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 16. 2000/0834 Betriebskostenzuschuss Verkehrsverbund Rhein-Sieg**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion kündigt an, hier weiteren Informationsbedarf zu haben. Dem Betrag von 36.467,25 DM könne man nicht ohne weiteres zustimmen.

Die Verwaltung führt dazu aus, dass bei der Bestellung der Geschäftsführer entsprechende Verträge abgeschlossen werden. Daran könne man jetzt nichts mehr ändern. Dieser Vertrag des Geschäftsführers, der jetzt vorzeitig aufhört, wäre noch 2 Jahre gelaufen. Dann wäre die Summe sowieso fällig geworden, das sogar noch in einem etwas höherem Maße. Die Stadt sei also so oder so in der Pflicht, den Vertrag zu erfüllen. Aus diesem Grunde ist in der Gesellschafterversammlung dem auch so zugestimmt worden.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man hier keine Wahlfreiheit habe. Er rege jedoch an, sich in diesem Zusammenhang den § 113 Abs. 5 der Gemeindeordnung anzusehen, wo es heiße, die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu informieren. Er wolle damit sagen, dass die Stadt ja in einer Vielzahl von Gremien Vertreter habe. Wenn man ein Berichtswesen einführen würde, könnte man mit solchen Vorlagen auch anders umgehen. Es müsse nicht so sein, dass der einzelne Vertreter persönlich Bericht erstattet. Das könne auch durch eine entsprechende Mitteilung der Verwaltung in einem festgelegten Rhythmus erfolgen. Er kündige damit jetzt schon an, dass man bei nächster Gelegenheit einen entsprechenden Antrag stellen werde, da man meine, dass ansonsten nicht die notwendige Rückkoppelung oder Information gewährleistet ist.

Der Bürgermeister weist auf das Spannungsverhältnis zwischen der Berichtspflicht nach der Gemeindeordnung und dem Aktien- bzw. GmbH-Recht hin. Insofern sei es schon problematisch. Ggf. müssten die Fraktionen, die Informationsbedarf haben, von Zeit zu Zeit auf die von der Verwaltung entsandten Mitglieder zugreifen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, dass man der Vorlage zustimmen werde, da man keine Wahl habe. Nur sei man der Meinung, nicht genügend informiert worden zu sein. Die Darstellung der Verwaltung sei nicht ausreichend gewesen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass eindeutig die Beschlusslage der Gesellschafterversammlung zitiert sei, auf deren Grundlage die Mittel in Höhe von 5% fließen müssen. Der Bürgermeister bemerkt, den Hinweis auf § 113 Abs. 5 Gemeindeordnung - Berichtspflicht - aufzunehmen und wenn gewünscht in entsprechender Form umzusetzen.

### **Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:**

Gemäß § 82 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 6 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein wird hiermit die Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von  
36.467,25 DM

bei der Haushaltsstelle 8240.7150.01 –Betriebskostenzuschuss Verkehrsverbund Rhein-Sieg-erteilt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Konzessionsabgabe des Verbandswasserwerkes Langenfeld-Monheim GmbH.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 17. 2000/0828 Kanalerneuerung Parkstraße - Ausserplanmässige Mittelbereitstellung**

**Der Ausschuss beschließt:**

Gemäß § 82 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 6 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein wird hiermit die Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von  
150.000 DM

bei der Haushaltsstelle 7000.9608.20 –Kanalerneuerung Parkstraße- erteilt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 7000.9609.40 „Kanalverlängerung Daimlerstraße“.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 18. 2000/0825 Umwidmung von Haushaltsmitteln 2000 Verlegung des Kirmesplatzes auf die Parkplätze der Bürgerwiese Baumberg**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, der Vorlage zuzustimmen. In dieser Vorlage wie auch in den folgenden Vorlagen über die Umwidmung von Haushaltsmitteln würden zur Deckung Einsparungen bei der Verlagerung des Betriebshofes herangezogen. Man hätte daher gern eine Auflistung, wofür die eingesparten 2,8 Mio DM ausgegeben werden oder bereits ausgegeben worden sind bzw. was damit noch alles bezahlt werden soll, da man das Gefühl habe, dass diese Mittel schnell noch für alles mögliche herangezogen werden. Sie weise darauf hin, dass mit keinem Wort von einem Haushaltssicherungskonzept die Rede sei.

Der Kämmerer entgegnet, dass alle Ratsmitglieder für die Ratssitzung eine Vorlage über sämtliche Haushaltsausgabereste bekommen, die am Ende des Jahres 2000 noch bestehen werden. Bei etlichen gebildeten Resten werde die Verwaltung mitteilen, dass Baumaßnahmen schon beauftragt sind, aber noch abgerechnet werden müssen. Bei den übrigen Fällen müsse entschieden werden, wie und wofür diese Reste verwendet werden sollen. Dies betreffe diese Vorlage wie auch die folgenden 3 Vorlagen. Das seien eigentlich alles Maßnahmen, die man im Haushaltsplan 2001 etatisiert hätte mit der Folge, dass man dafür Kredite hätte aufnehmen müssen. Durch die Umwidmung der Haushaltsausgabereste werde das Haushaltsjahr 2001 entlastet. Das sei auch eine Vorgabe nach den Maßnahmen für die Haushaltssicherung überhaupt. Alle Reste werden auf diese Art und Weise durch Beschluss dann wieder

zweckgebunden mit der Folge, dass dafür im Jahr 2001 keine Mittel veranschlagt werden müssen. Der Vermögenshaushalt wird dadurch in den Folgejahren sehr verschlankt.

**Der Ausschuss beschließt:**

Die vorgesehene Verwendung der bei der HHStelle 2.7700.9500.40 -Verlagerung des Betriebshofes zur Siemensstraße- gebildeten Haushaltsausgabereste und veranschlagten Haushaltsmittel wird gemäß § 6 Abs. 2 der Haushaltssatzung in Höhe von 185.000,-- DM zu Gunsten der in der Sachdarstellung vorgeschlagenen Maßnahmen bei der HHStelle 2.5800.9500.00 –Erschließung Bürgerwiese Baumberg - umgewidmet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 19. 2000/0829 Umwidmung von Haushaltsmitteln 2001  
- Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten für den  
Betriebshof**

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt hierzu einige Fragen, u.a. auch, ob ein Austausch von teuren und großen Geräten, die selbst wenig gebraucht würden, mit Langenfeld hinterfragt worden ist. Der Bürgermeister bejaht diese Frage. Es hätten diesbezüglich auch bereits Kontakte mit weiteren Städten stattgefunden.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, ob die aufgeführten Geräte auch unter strenger Beachtung der Finanzlage hätten angeschafft werden müssen oder ob auch Wunschanschaffungen darunter seien. Der Bürgermeister entgegnet, dass für jede einzelne Maßnahme eine sehr sorgfältige betriebswirtschaftliche Kosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnung zugrunde gelegt werde. Die Vorschlagsliste sei daher noch nicht endgültig, da die Verwaltung in ein oder zwei Fällen die Wirtschaftlichkeit noch prüfen müsse.

**Der Ausschuss beschließt:**

Die vorgesehene Verwendung der bei der HHStelle 7700.9500.40 –Verlagerung des Betriebshofes zur Siemensstraße gebildeten Haushaltsausgabereste und veranschlagten Haushaltsmittel wird gemäß § 6 Abs. 2 der Haushaltssatzung zu Gunsten der in der Sachdarstellung vorgeschlagenen Maßnahmen bei der HHStelle 7700.9350.00 umgewidmet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 20. 2000/0832 Umwidmung von Haushaltsmitteln für die Beschaffung von  
leistungsstärkeren PCs**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, dass bei dieser Vorlage Erläuterungen fehlen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn dabei gestanden hätte, man denke an die Beschaffung einer Anzahl von PC's für folgende Aufgabenbereiche, auf denen auch folgende Software installiert werden könne, damit der Umfang dieser Maßnahme etwas transparent wird. Die Verwaltung könne diese Angaben aber sicherlich jetzt nachliefern.

Der Kämmerer entgegnet, dass hierüber grundsätzlich diskutiert worden ist. Es sei so, dass in den letzten Jahren regelmäßig ein Betrag von 200.000,--DM für die laufende Ersatzbeschaffung und Neubeschaffung von Hard- und Software im EDV-Bereich fest etatisiert worden sei. Im Haushalt 2001 werde statt 200.000,-- DM nur noch ein Betrag von 70.000,-- DM etatisiert. In der Verwaltung habe man z.Zt. noch 40 Rechner in Betrieb, die dringend ausgetauscht werden müssen, wofür man allein 100.000,-- DM veranschlagen müsse. Der Rest bliebe für notwendige Ersatzbeschaffungen im Laufe des Jahres. Für die Gesamtbeschaffung im Rahmen einer Jahresausschreibung werde eine Vorlage mit einer detaillierten Liste gefertigt, soweit die Mittel jetzt bewilligt werden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass es also bei dieser Vorlage um den Ersatz veralteter Geräte durch neue Hardware gehe.

#### **Der Ausschuss beschließt:**

Von den bei Haushaltsstelle 7700.9350.00 (Anschaffung von Maschinen, Fahrzeugen und Geräten) zur Verfügung stehenden Mitteln werden gem. § 6 Abs. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein 130.000,- DM zugunsten der Haushaltsstelle 0610.9350.02 umgewidmet.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Ö 21. 2000/0838 Comeniusschule: Herstellung einer Überdachung zwischen den beiden Eingängen**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion äußert u.a., dass der Fachausschuss über diese Maßnahme nicht informiert sei. Desweiteren vermisse man eine Stellungnahme des Schulverwaltungsamtes. Zudem würde er um Mitteilung bitten, welche baulichen Maßnahmen noch bei anderen Schulen vorgesehen sind.

Die Verwaltung führt dazu aus, dass die Maßnahme an der Comeniusschule zunächst in zwei Etappen geplant gewesen sei. Aufgrund des glücklichen Umstandes, dass noch Haushaltsreste zur Verfügung stehen, könne die Maßnahme jetzt in einem Zuge durchgeführt werden. Für die Maßnahme sei eine Verwaltungsvorlage erarbeitet worden, die in der Verwaltungskonferenz abgestimmt sei und daher die Belange der Schulverwaltung berücksichtige. Zudem sei die Maßnahme auch mit der Schule abgestimmt. Sie wurde als dringend durchzuführende Maßnahme befürwortet.

Der Bürgermeister bemerkt zu der Frage, welche baulichen Maßnahmen eventuell bei anderen Schulen vorgesehen sind, dass er zu diesem Punkt noch in den Haushaltsberatungen komme. Bei einzelnen Produkten seien verschiedene Baumaßnahmen dadurch realisierbar, dass man auch dort einen Umwidmungsbeschluss vornehme. Er werde darauf bei der Beratung des Haushaltsbuches eingehen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt an dieser Stelle jetzt zurückzustellen und dann im Rahmen der Haushaltsberatungen bei den einzelnen Haushaltsstellen zu diskutieren und mit zu entscheiden. Es sollte im Zusammenhang diskutiert werden, was bei den vorhandenen Mitteln sofort umsetzbar ist.

Der Tagesordnungspunkt wird bis zu den Haushaltsberatungen zurückgestellt.

## Ö 22. 2000/0847 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2001

Der Bürgermeister bemerkt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt das Haushaltsbuch vorliegt, ferner die Änderungslisten der Verwaltung 1 und 2 sowie eine Liste 3 - freiwillige Leistungen und eine Änderungsliste zum Vermögenshaushalt. Zum Verfahren äußert er, dass er Produkt für Produkt nach Teil C des Haushaltsbuches durchgehen werde, wobei er im einzelnen kurz auf die Änderungslisten 1 und 2 der Verwaltung eingehe. Er schlägt vor, die Änderungsliste 3 - freiwillige Ausgaben - nur dann zu beraten, wenn zu einzelnen Punkten konkrete Wortmeldungen aus den Fraktionen kommen, um ggfls. Ansätze zu streichen oder zu ändern. Zu den schriftlich eingereichten Anträgen und Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet der Bürgermeister den Fraktionsvorsitzenden, diese Anträge jeweils an der betreffenden Stelle aufzurufen, da die Liste so kurzfristig eingegangen sei, dass die Punkte nicht mehr in das Gesamtkonzept eingearbeitet werden konnten.

### Produkt 0.1.01 - Rat

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass die CDU-Fraktion bereit sei, auf die kleinen Geschenke anlässlich der letzten Ratssitzung vor Weihnachten zu verzichten. Das sei mehr als symbolischer Beitrag gedacht, da man damit nicht den Haushalt saniere. Ggfls. könnten die anderen Fraktionen sich dem anschließen. Den kleinen Betrag könnte man z.B. für die Sanierung der Voigtshofkapelle mit verwenden.

Diesem Antrag, dass auf die kleinen Geschenke verzichtet und das Geld für das Projekt Voigtshofkapelle verausgabt wird, wird einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss spricht sich einstimmig gegen die Aufhebung des Ratsbeschlusses über die Gebührenbefreiung für gemeinnützige Vereine und Verbände für Straßensondernutzungserlaubnisse aus, da man der Meinung ist, diesen Ratsbeschluss nicht an die 850-Jahr-Feier festzumachen.

### Produkt 0.1.10 - Verwaltungsvorstand -

Ein Antrag auf Senkung der Repräsentationskosten und der Verfügungsmittel des Bürgermeisters wird nicht gestellt. Damit bleibt es bei den bisherigen Haushaltsansätzen.

### Produkt 1.1.12 - Leistungen für ältere Menschen -

In der sich ergebenden längeren Debatte über die Kündigung des Vertrages mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) für die Altentagesstätte Louise-Schroeder-Haus sind die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion MBM/F.D.P der Auffassung, in Anlehnung an die Empfehlung des Sozialausschusses den Vertrag zum 31.12.2001 zu kündigen und mit der AWO neu auszuhandeln, da eine Gleichschaltung mit anderen Einrichtungen bzw. Partnern erreicht werden soll bzw. der richtige Weg sei. In diesem Zusammenhang soll auch der Mietvertrag mit der AWO für die Einrichtung in Baumberg (Borkott-Haus) geprüft werden.

Die SPD-Fraktion spricht sich gegen eine Kündigung aus. Das sei unverständlich und berücksichtige nicht den Bürgerwillen. Eine Präsentation der Leistungsprofile aller Einrichtungen, die städtische Zuschüsse erhalten, sollte zumindest abgewartet und dann ein Vergleich mit allen Einrichtungen vorgenommen werden. So erhalte man ggfls. eine Basis für eine gemeinsame Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion hat Ausschließungsgründe angezeigt und an der Beratung und Abstimmung zu diesem Produkt nicht teilgenommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

1. Der Vertrag mit der AWO für die Altenbegegnungsstätte Louise-Schroeder-Haus wird zum 31.12.2001 gekündigt.

2. Als Zielvereinbarung für das Jahr 2001 ist mit der AWO abzuklären, wie groß das Budget für das Jahr 2002 sein muss, d.h. der AWO wird ein klar definiertes Budget für das Jahr 2002 an die Hand gegeben.
3. Das Vertragswerk mit dem Borkott-Haus in Baumberg wird ebenfalls überprüft.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P)

dagegen 4 Stimmen (SPD)

**19.33 Uhr - Bürgerfragestunde**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Produkt 1.1.13 - Hilfen für Behinderte und Pflegebedürftige

Der Ausschuss beschließt:

Der Geschäftskostenzuschuss an das DRK in Höhe von 700,-- DM wird nicht gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Produkt 1.2.04 - Unterhalt -

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht den Antrag der CDU-Fraktion auf Beitreibung ausstehender Unterhaltszahlungen durch ein Inkasso-Büro aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses an. Die Verwaltung sollte dazu noch die rechtliche Zulässigkeit prüfen. Er meine, dass dies aufgrund des Datenschutzes nicht möglich ist. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion entgegnet, falls es daran scheitere, sollte der Antrag nicht weiter verfolgt werden.

Produkt 1.2.10 - Vereinsverwaltung und Vorstandsarbeit -

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Konsolidierung der Sozialstation"

Der Antrag erhält in der Sitzung folgenden Wortlaut:

1. Die Vereinsvertreter werden angewiesen, im Vereinsvorstand die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um im kommenden Jahr eine Zertifizierung der Sozialstation nach ISO 9000 oder RAL Gütezeichen qualitätsgeprüfter ambulanter Pflegedienste durchführen zu lassen.
2. Bei der Produktvereinbarung wird festgelegt, dass die Sozialstation erstmals ab dem Geschäftsbericht 2000 in der Darstellung der Kosten zwischen der somatischen und psychiatrischen Krankenpflege und sonstigen Dienstleistungen trennt.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Alternativstandort im Stadtgebiet für die Unterbringung der Sozialstation zu suchen, der zu einer Verringerung des Mietkostenzuschusses führt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Produkt 1.3.01 - Interessenvertretung -

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Prozess lokale Agenda:

"Im Haushaltsplan 2001 werden Haushaltsmittel für die Einrichtung eines Agenda-Büros zur Koordination der Arbeit der in Monheim am Rhein aktiven Agenda-Initiativen bereitgestellt.



**Abstimmungsergebnis:**

dafür 4 Stimmen (Grüne, 3 SPD)

dagegen 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

Enthaltungen 2 Stimmen (SPD)

Produkt 1.3.02 - 4.1.02 - Leistungen für ausländische Flüchtlinge -

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kostenerstattung für Flüchtlinge:

"Die Stadt Monheim am Rhein beteiligt sich an dem vom Städte- und Gemeindebund NRW beabsichtigten Klageverfahren gegen das Land NRW zur Übernahme der tatsächlichen Unterbringungs- und Verpflegungskosten für unanfechtbar abgelehnte Asylbewerber."

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Produkt 1.3.03 - Spätaussiedlerangelegenheiten -

Nach Diskussion teilt der Bürgermeister mit, dass über die Tätigkeit und den Einsatz der Hausmeister in den Notunterkünften bzw. Übergangswohnheimen schnellstmöglich ein Tätigkeitsbericht vorgelegt werde, um dort, wo gespart werden könne, dies unverzüglich umzusetzen

Produkt 1.3.10 - Ordnungsangelegenheiten -

Der Tierschutzverein Monheim/Langenfeld e.V. hat unter dem 10.10.2000 einen Antrag gestellt, für das Haushaltsjahr 2001 wiederum einen Zuschuss von 500,-- DM für die allgemeinen Verwaltungskosten zu bewilligen.

Der Ausschuss spricht sich einstimmig für die Bewilligung des Betrages von 500,-- DM aus.

Der Vorsitzende der Fraktion MBM/F.D.P., Ratsherr Winfried von Wallis, zugleich Vorsitzender des Tierschutzvereins, hat Ausschließungsgründe angezeigt und an der Beratung und Abstimmung zu diesem Produkt nicht teilgenommen.

Zu diesem Produkt 1.3.10 zieht die Verwaltung die mögliche Maßnahme "Wechsel des Tierheimes für die Unterbringung herrenloser Tiere" zurück.

Zu der möglichen Maßnahme "Anhebung der Verwaltungsgebühren im Ordnungsbüro" weist die Verwaltung darauf hin, dass dies nach der "Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung NRW", die einen Spielraum für die Gebührenhöhe vorsieht, möglich ist. Bisher liege man mit den Gebühren im unteren Bereich. Man schlage daher eine Anhebung um 20.000,-- DM vor. Eine Gebührenveränderung in Form einer Satzung sei daher nicht erforderlich. Seitens der SPD-Fraktion wird empfohlen, als Arbeitsauftrag an die Verwaltung zunächst die Gebühren im Laufe des Jahres auf die notwendige Höhe zu überprüfen.

Der Ausschuss beschließt, die Verwaltungsgebühren im Ordnungsbüro nach der "Allgemeinen Gebührenordnung NRW" um 20.000,-- DM anzuheben.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Produkt 1.3.11 - Gewerbeangelegenheiten -

Als mögliche Maßnahme ist vorgesehen, den Wochenmarkt in Baumberg zu verlagern, um mehr Attraktivität zu gleichen Konditionen zu erreichen.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, eine Verlagerung nicht aufzunehmen.

Der Ausschuss beschließt als Zielvereinbarung:

"Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2001 den Wochenmarkt in Baumberg in das Einkaufszentrum am Holzweg/Geschwister-Scholl-Straße zu verlagern."

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

dagegen 3 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 2 Stimmen (SPD)

Der Ausschuss spricht sich einstimmig gegen eine Einstellung des Gänselieselmarktes aus.

Produkt 1.4.03 - Vorbeugender Brandschutz -

Der Ausschuss beschließt einstimmig als Zielvereinbarung die Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes.

Produkt 2.1.01 - Schulservice -

Bei Haushaltsstelle 2800.9500.00 - Baumaßnahme Gebäude - sollen von einem Haushaltsausgaberest in Höhe von 330.000,-- DM zu Gunsten des Neubaus einer Toilettenanlage an der Gesamtschule 220.000,-- DM umgewidmet werden. Der Rest von 110.000,-- DM wird abgesetzt.

Der Ausschuss stimmt der Umwidmung einstimmig zu.

Die Verwaltung erklärt, diese Maßnahme in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport vorzustellen.

Produkt 2.1.02 - Schulbetrieb -

Bei der Haushaltsstelle 7700.9500.40 - Verlagerung des Betriebshofes - sollen aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport für zusätzliche Lehrmittel im Bereich der Grundschulen 100.000,-- DM umgewidmet werden. Der Ausschuss stimmt der Umwidmung einstimmig zu.

Produkt 2.1.21 - Sportförderung -

Ratsfrau Elisabeth Tonn hat zu diesem Punkt Ausschließungsgründe angezeigt und an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Die Verwaltung teilt mit, dass von der DLRG folgende 3 Anträge vorliegen:

1. Antrag, in eine Zuschussliste - analog den Monheimer Sport- und Kulturvereinen - aufgenommen zu werden und nach den jeweiligen Richtlinien einen jährlichen Zuschuss bewilligt zu bekommen.
2. Antrag auf Erhöhung des bisherigen jährlich bewilligten Zuschusses in Höhe von 5.600,-- DM auf 8.000,-- DM pro Jahr.
3. Antrag auf Bewilligung eines Einmalzuschusses aufgrund der besonderen finanziellen Belastungen durch den Kauf eines Anlegesteges für die Rettungsboote.

Seitens der SPD-Fraktion wird erklärt, die DLRG zu unterstützen. Zum 3. Antrag sollte mit der DLRG gesprochen und der Fehlbetrag festgestellt werden.

Von der CDU-Fraktion wird geäußert, dem 1. Antrag zuzustimmen, bei dem 2. Antrag bei dem Betrag von 5.600,-- DM zu bleiben und der 3. Antrag müsse präzisiert werden.

Der Ausschuss beschließt:

1. Aufnahme in die Zuschussliste = einstimmig
2. Erhöhung des jährlichen Zuschusses auf 8.000,-- DM = dafür 5 Stimmen (SPD), dagegen 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)
3. Rücksprache mit der DLRG und Präzisierung des Antrages auf einen einmaligen Zuschuss = einstimmig

Produkt 2.2.02 - Koordination und Förderung der Kinder- und Jugendarbeit

Seitens des Fachbereiches 2 - Bereich Jugend - wird erklärt, dass eine Kürzung der Mittel für Ferienmaßnahmen um 15.000,-- DM mitgetragen werden könne. Von der CDU-Fraktion wird bemerkt, sich dieser Kürzung anschließen zu können. Die SPD-Fraktion betont, Kürzungen bei den Ferienmaßnahmen und bei der Übernahme von Elternbeiträgen für Ferienmaßnahmen nicht zuzustimmen. Auch der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dem Votum des Jugendhilfeausschusses zu folgen und nicht zuzustimmen.

Der Ausschuss beschließt:

Die Ferienmaßnahmen des Jugendamtes werden um 15.000,-- DM und die Übernahme der Elternbeiträge für Ferienmaßnahmen um 20.000,-- DM gekürzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

dagegen 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

Als Zielvereinbarung soll ein gemeinsames Konzept für die Planung von Ferienmaßnahmen der Träger und des Jugendamtes erstellt werden.

#### Produkt 2.3.20 - Bereitstellung von Medien -

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, im Haushaltsplan 2001 bei Haushaltsstelle 3520.9350.00 - Vermögenshaushalt - wie im vergangenen Jahr wieder 40.000,-- DM für die sächliche Ausstattung der beiden städtischen Büchereien zur Verfügung zu stellen, da ohne Austausch von Medien die Attraktivität einer Bücherei nicht aufrecht zu erhalten ist.

Der Ausschuss spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

#### Produkt 2.4.02 - Schulabschlüsse -

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, bei den Kennzahlen zum Produkt 2.4.02 - Schulabschlüsse - wird festgehalten, dass nur 7 der 25 Teilnehmer/-innen des Lehrgangs "Hauptschulabschluss" bzw. 12 der 30 Teilnehmer/-innen des Lehrgangs "Fachoberschulreife" einen erfolgreichen Abschluss erreichen konnten. Kann die Verwaltung erläutern, warum dies so ist und wie sie bereits im kommenden Jahr die Zielvereinbarung "Mindestens 60% der Teilnehmer/-innen sollen im Verlauf des jeweiligen Lehrgangs das Abschlussziel erreichen" einhalten will.

Die Verwaltung entgegnet, diese Anfrage schriftlich zu beantworten.

#### Produkt 3.1.40 - Umweltangelegenheiten -

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Maßnahmen gegen Fluglärm"

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

1. Im Haushaltsplan 2001 werden 30.000,-- DM für die Vergabe eines Gutachtens zur Ermittlung des Fluglärms, der im Zusammenhang mit Flugbewegungen rund um die Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn entsteht, in den Haushalt aufgenommen.
2. Desweiteren erhebt die Stadt Monheim am Rhein fristwährend Klage (bis zum 13.12.2000) gegen die Genehmigung zusätzlicher Flüge vom Flughafen Düsseldorf durch das Land NRW bzw. prüft, ob sie dem von der Stadt Dormagen in gleicher Angelegenheit angestrebten Klageverfahren beitrifft.
3. Die Stadt Monheim am Rhein beantragt die Mitgliedschaft in den Fluglärmkommissionen Düsseldorf und Köln.

Der Bürgermeister erklärt, aufgrund des heutigen Fristablaufes (13.12.00) sollte vorsorglich Klage erhoben und der Betrag von 30.000,-- DM dafür bereitgestellt werden. Von Sprechern der CDU-Fraktion wird geäußert, dem Antrag voll zuzustimmen. Ein Sprecher der CDU-Fraktion hält jedoch zunächst eine gutachterliche Prüfung für richtig. Erst dann, wenn Ergebnisse vorliegen, sollte ggfls. Klage erhoben werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, zur Fristwahrung Klage zu erheben, werde nicht mit großen Kosten verbunden sein. Zweitens sei deutlich gesagt worden, dass man als Beweismittel ein Gutachten brauche. Ein Beitritt zu den Fluglärmkommissionen sei auch relativ einmütig. Er ruft die einzelnen Punkte zur Abstimmung auf:

1. Klageerhebung: für den Antrag, dem Klageverfahren beizutreten 10 Stimmen (BM, 6 CDU, Grüne, MBM/F.D.P., 1 SPD) , dagegen 5 Stimmen (1 CDU, 4 SPD)
2. Einholung eines Lärmschutzgutachtens und Beitritt zu den Fluglärmkommissionen Düsseldorf und Köln = einstimmig

Produkt 3.2.12 - Abfallbeseitigung - (Vermögenshaushalt)

Haushaltsstelle 0610.9353.10 - Abrechnungs- und Datenverwaltungssystem für Müllverwiegung: Für die Abrechnung und Datenverwaltung der für die Verwiegung des Mülls notwendigen Informationen ist die Beschaffung eines technikunterstützten Systems erforderlich, Haushaltsansatz 100.000,-- DM.

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

dagegen 4 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (SPD)

Produkt 3.2.20 - Verkehrsangelegenheiten -

- Aufwendungen für Schülerlotsenverabschiedung -

Der Ausschuss ist einstimmig gegen die Streichung des Betrages von 2.000,-- DM.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 10.000,-- DM zur Ausbesserung schadhafter Radwege bzw. für die Beschilderung von Radwegen bereitzustellen, wird als Zielvereinbarung aufgenommen.

Produkt 3.2.21 - Verkehrsflächen -

Die CDU-Fraktion beantragt, aus Mitteln für Ersatzbepflanzungen entlang der Berghausener Straße von der Hauptstraße bis zur Baumberger Chaussee im Grünstreifen Baumanpflanzungen vorzunehmen. Die Verwaltung entgegnet, dass dies Stück Berghausener Straße noch Landstraße sei und die Stadt sich daher außerstande sehe, dort Bäume zu pflanzen. Erst wenn das ganze Umwidmungsverfahren im Zusammenhang mit dem Kielsgraben gelaufen sei, wird dieses Stück Gemeindestraße oder Kreisstraße werden. Dann könne man darüber reden.

Der Bürgermeister fügt an, dass Anpflanzungen z.Zt. also rechtlich unmöglich sind. Der Antrag sollte daher vorerst zurückgestellt werden.

Der Kämmerer teilt zu diesem Produkt mit, dass hierher auch der in der Änderungsliste zum Vermögenshaushalt (Haushaltsstelle 6600.9600.00) erwähnte Kreisverkehr an der Opladener Straße gehöre. Die Verwaltung schlage vor, hierfür den Betrag von 600.000,-- DM zur Einrichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Opladener Straße/Am Wald zur besseren Anbindung des Gewerbegebietes "Am Wald" zu etatisieren.

Der Ausschuss stimmt der Maßnahme einstimmig zu.

Produkt 4.2.01 - Finanzservice -

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag zur Veräußerung der Anteile am Bauverein. Es gehe darum, dass man als Stadt es z.Zt. nicht als gegeben ansehe, diese Anteile zu halten. Als Stadt würde man einige Grundstücke des Bauvereins gerne überbaut sehen. Daher möchte man die Eigenanteile an den Bauverein veräußern, um den Bauverein zu motivieren, zu seiner eigenen Kapitaldeckung dem Bauansinnen nachzukommen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, sie sei der Meinung, dass man auf einen Verein eher Einfluss nehmen könne, wenn man selbst dabei sei, indem man Anteile mit halte.  
Der Beigeordnete zeigt Ausschließungsgründe an, da er persönlich Mitglied im Bauverein sei.  
Zum Antrag der CDU-Fraktion beschließt der Haupt- und Finanzausschuss, den Vertrag mit dem Bauverein zu kündigen bzw. die Bauvereinsanteile zum nächstmöglichen Zeitpunkt abzustoßen.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Produkt 4.2.02 - Steuern und Gebühren -

Die CDU-Fraktion beantragt:

"Die Verwaltung erarbeitet eine Satzung zur Erhebung einer Kampfhundesteuer ab dem 1. April 2001. Die zu erhebende Steuer sollte 1.800,-- DM je Hund und Jahr betragen. Die hierdurch erzielten Mehreinnahmen sollen zweckgebunden für Zwecke des Tierschutzes verausgabt werden. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion weist sodann auf die unter diese Satzung fallenden Hunderassen hin.

Der Bürgermeister bemerkt, dass man den Antrag in der Form schon einmal hatte. Die Verwaltung werde in einer der nächsten Sitzungen eine entsprechende Satzung vorlegen. Da für Satzungen der Rat zuständig ist, fasst der Haupt- und Finanzausschuss als Zielvereinbarung den Beschluss, eine Kampfhundesatzung zu erarbeiten.

Die SPD-Fraktion erklärt, dem nicht zuzustimmen. Die Begründung erfolge mit der Beratung der entsprechenden Vorlage.

**Abstimmungsergebnis zum Antrag der CDU-Fraktion:**

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 6 Stimmen (5 SPD, MBM/F.D.P.)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Produkt 4.3.01 - Büroservice und Verwaltungsbücherei -

Als Dienstleistungsangebot an die städtischen Töchter wird unter Hinweis auf die Liste 2 - Entscheidungen durch die Ausschüsse - eine Zielvereinbarung zur Übernahme von Dienstleistungen der Personalvertretung in Höhe von 50.000,-- DM und zur Übernahme von Dienstleistungen im IT-Service ebenfalls in Höhe von 50.000,-- DM beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Produkt 4.3.04 - Ausschreibungen und Submissionen -

Auf Anregung der CDU-Fraktion soll als Zielvereinbarung aufgenommen werden, dass vorbehaltlich der vergaberechtlichen Bestimmungen und unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Vorschriften zur Förderung des Mittelstandes und der heimischen Wirtschaft Aufträge nach Einzellosen vergeben werden. Die Verwaltung weist darauf hin, dass es nicht zulässig sei, unter bestimmte Margen zu gehen.

Die Zielvereinbarung wird einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert im Nachtrag zu den Angeboten an die städtischen Töchter zur Übernahme von Dienstleistungen, dass die Stadt der MVV auch die städtische Rechtsberatung anbieten sollte. Der Bürgermeister entgegnet, dieses mit aufzunehmen.

Produkt 4.4.02 - Gebäudereinigung -

Als Zielvereinbarung wird beschlossen, die Glasreinigung der städtischen Gebäude im Falle des Ausscheidens des Mitarbeiters fremd zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

dagegen 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

Nach Abhandlung der Produkte stellt der Bürgermeister die zurückgestellte Vorlage über die Umwidmung von Haushaltsmitteln für die Herstellung einer Überdachung zwischen den beiden Eingängen der Comeniusschule zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

"Von den bei Haushaltsstelle 7700.9500.40 (Verlagerung des Betriebshofes zur Siemensstraße) zur Verfügung stehenden Mitteln werden gemäß § 6 Abs.2 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein 60.000,-- DM zugunsten der Haushaltsstelle 2700.9500.00 (Baumaßnahmen) umgewidmet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Nach Abschluss der Einzelberatungen fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Empfehlungsbeschluss an den Rat:

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2001 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit,
- b) aufgrund der Empfehlungen anderer Fachausschüsse,
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

**Ö 23. 2000/0846 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2000 - 2004**

**Der Ausschuss beschließt:**

Die von den Fachausschüssen und der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatzänderungen des Vermögenshaushaltes 2001 werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen und soweit dieser sie dem Rat zur Beschlussfassung empfiehlt, in das der Finanzplanung der Haushaltssatzung 2001 zugrunde liegende Investitionsprogramm 2000 bis 2004 aufgenommen.

Das so zu berichtende Investitionsprogramm wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

## **Ö 24. Mündliche Anfragen**

### **Ö 24.1 Mündliche Anfragen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Pruin;**

#### **a) "Datenschutzgesetz"**

Ratsherr Pruin führt aus, dass nach der Neufassung des Datenschutzgesetzes die Behörden Datenschutzbeauftragte zu bestellen haben. Er fragt, ob die Verwaltung in dieser Richtung bereits tätig geworden ist oder Absichten verfolgt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Bestellung bereits erfolgt ist. Zum Datenschutzbeauftragten ist Herr Günther Boldt und zum Vertreter Herr Anton Weber bestellt.

#### **b) "Verteilung von Werbematerial und ähnliches in die Postfächer der Ratsmitglieder"**

Ratsherr Pruin fragt, ob es Aufgabe einer Behörde sei, Parteizeitschriften in die Ratsfächer zu verteilen oder müsse er erst einen Aufkleber an seinem Fach anbringen "Bitte keine Werbung oder ähnliches".

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung diese Werbeblätter nicht verteilt habe. Das könne nur auf Privatinitiative erfolgt sein. Er könne höchstens von seinem Hausrecht Gebrauch machen und schriftlich darauf hinweisen, dass es unzulässig ist, hinter den Tresen zu gehen und dort etwas in die Fächer zu legen.

## **Ö 25. Mündliche Mitteilungen**

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen.